

# Marzahn- Hellersdorf *links*

25. Jahrgang / März 2015

**DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt**

**Seite 2:** Zur Person: Mathias Stöhr / Petra Pau: Keine Spiele ohne Brot

**Seite 3:** Klein, aber fein / Aus den Siedlungsgebieten: Gesundheitszentrum in Biesdorf und Poliklinik am UKB

**Seite 4:** Aus dem Bezirksvorstand /

Geehrt: Ingeborg Hunzinger / BVV-Bericht: Links wirkt. Personalabbau eingedämmt

**Seite 5:** Bjoern Tielebein: Mitbestimmung ist Pflicht! / Dr. Manuela Schmidt: Nachtragshaushalt 2015 ...

**Seite 6:** IGA 2017 / Einwohnerantrag „Weg

mit dem Dreck!“ / Aufruf der Projektgruppe

**Seite 7:** Interview mit den Gründungsmitgliedern des Bündnisses NOlympia / Erinnerung an die Befreier

**Seite 8:** Veranstaltungstipps und Termine / Hinten links

## Feministische Kämpfe verbinden: **Frauenkampftag 2015**

**D**as ist das Motto zum 8. März dieses Jahres. Auch dieses Jahr steht der Frauenkampftag für die politische, rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle

Gewalt und kriegerischen Handlungen betroffen sind.

Wir sind gegen Krieg, Aufrüstung, Militarisierung und gegen Instrumentalisierung von

feministische Bildung und für einen kritischen Diskurs über die Rolle der Frauen weltweit. Ausdrücklich sind wir gegen die PEGIDA, die antimuslimischen Rassismus schürt, über-



Gleichstellung. Wir treten ein für eine körperliche Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung. Wir treten ein gegen Ausbeutung von Mensch und Natur. Frauen werden in dem heutigen System, was sich demokratisch nennt, immer noch vermehrt sexistisch unterdrückt und doppelt ausgebeutet.

Die meiste unbezahlte, aber notwendige Arbeit leisten Frauen. Auch die schlecht bezahlte Pflege-, Sorge- und Betreuungsarbeit leisten mehrheitlich Frauen.

Egal, ob Krankenschwester hier in Deutschland oder Textilarbeiterin in Bangladesch, wir sind solidarisch mit ihren Forderungen und kämpfen.

Wir wissen, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechtes weltweit in besonderem Maße von

Frauen. Gewalt gegen Frauen ist überall auf der Welt Alltag für Frauen. Jede dritte Frau hier in Europa ist Opfer männlicher Gewalt.

Durch die Medien lernen Mädchen wie die patriarchalische Gesellschaft sie haben möchte: Frau und Mutter, lächelnd am Herd, fröhlich beim Erziehen der Kinder, zuverdienen wenn nötig mit einem 450-Euro-Job, immer gute Laune und immer mit einer guten Figur!

Endlich muss der § 218 ersatzlos gestrichen werden, müssen Schwangerschaftsabbrüche weltweit kostenfrei und ohne moralischen Druck erfolgen können. Wir fordern kosten freien Zugang zu Verhütungsmitteln und zur Pille danach.

Wir kämpfen für eine emanzipatorische und

holte Rollenbilder propagiert und nationalistische Hetze betreibt.

Der März 2015 wird kämpferisch! Am Internationalen Frauentag 2015 werden nicht nur Rosen verteilt und Grüße versendet, sondern der 8. März wird wieder zu einem Frauenkampftag erhoben, und wie im vergangenen Jahr wird es eine kämpferische Demo in Berlin und zahlreiche dezentrale Veranstaltungen und Events geben!

**Liz Schmidt/MHI**

**Demo am 8. März um 13 Uhr vom Rosa-Luxemburg-Platz zum Brandenburger Tor (Abschlusskundgebung)**



**FRAUEN\*KAMPFTAG**  
8. März 2015

[www.frauenkampftag2015.de](http://www.frauenkampftag2015.de)

# DIE LINKE.

## Zur Person: **Mathias Stöhr**

**M**athias ist 28 Jahre alt, wohnt in Marzahn und ist auch dort geboren. Er studiert Philosophie und Geschichte auf Lehramt an der Humboldt-Universität. Nebenbei arbeitet er bei der Post.

Zur LINKEN kam Mathias im Jahre 2010. Er wollte sich politisch engagieren und suchte nach einer für ihn passenden politischen Heimat. Nach dem Studium der Parteiprogramme und einer ausgiebigen Reflexionsphase blieb für ihn nur DIE LINKE übrig. In der Parteienlandschaft die einzige Alternative, wenn man sich aktiv politisch beteiligen möchte, so Mathias.

Zunächst nahm er an den Treffen der Basisorganisation in Marzahn teil. Das Engagement an der Hochschule passte jedoch besser zu den Themen, die ihn beschäftigten. Ein Jahr lang war er beim Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverband (DIE LINKE. SDS) an

der Uni aktiv. Interne Auseinandersetzungen und die Einflussnahme des Netzwerks Marx 21 (früher: Linksruck) veranlassten Mathias jedoch, sein Engagement beim SDS zu beenden. Zur Jugendgruppe (Basisorganisation

97) fand Mathias dann durch den Genossen Sebastian Kahl – selbst jahrelanges Mitglied der Jugendgruppe. Dort wurde er gut aufgenommen, und vor allem die realpolitische Ausrichtung der Genoss\*innen sagte ihm zu. Einmal im Monat trifft sich die Jugendgruppe. Sie betreuen auch Kinderfeste und tauschen sich über aktuelle politische Themen im Bezirk und darüber hinaus aus.



Mathias Stöhr vorm Alten Rathaus Marzahn

Foto: Thmoas Braune

Für Mathias ist es das Wichtigste, dass DIE LINKE Präsenz zeigt. Um neue Wähler\*innen oder Mitglieder zu gewinnen, muss die Partei jedoch vor allem auf Landes- und Bundesebene gute Arbeit leisten, sagt Mathias. Das

beeinflusse die Menschen am meisten. Auch auf Parteitage könne DIE LINKE ein besseres Bild abliefern: Die verschiedenen Strömungen sollten mehr aufeinander zugehen und sinnvolle Kompromisse schließen. Nach außen müsse der Eindruck erweckt werden, dass die Partei sachlich diskutiert. DIE LINKE hat Potential sagt Mathias: „In der Mischung hat sie die besten Themen: Bildung, Arbeit, Rente, Umweltschutz.“ Auch in Verantwortung mache DIE LINKE – insbesondere jetzt mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident Thüringens – eine gute Figur.

Für die bezirkliche LINKE und die Linksfraktion ist das Thema Freibad eine gute Sache, sagt Mathias. DIE LINKE müsse aber auch verstärkt auf die positiven Seiten des Bezirks eingehen, um dessen negativen Ruf abzubauen. Das ehemalige Kino „Sojus“ ist für Mathias so ein schönes Stück Marzahn und ein Wahrzeichen des Bezirks, das nicht verlorengehen solle. „Die rechten Tendenzen sind natürlich ein Problem“, sagt Mathias. „Dem müssen Aufklärung und Engagement entgegengesetzt werden.“ Für das Bezirksparlament will Mathias vorerst nicht

kandidieren. Der Grund dafür: Neben Studium und Arbeit bleibt selbst für das Engagement in der Partei gerade nicht viel Zeit.

**Thomas Braune**

## **Petra Pau (MdB): Keine Spiele ohne Brot**

**S**chon einmal hatte sich Berlin um die Ausrichtung der Olympischen Spiele beworben. Nein, ich meine nicht 1936. Das war eine andere, eine finstere Propagandageschichte in Nazi-Deutschland. Diese hier spielte in den 1990er Jahren, mit Wiedervorlage. Der Senat hatte damals großes, übergroßes im Sinn. Das vereinte Berlin sollte zu einer Welt-Metropole aufsteigen, Paris und London Paroli bieten. So war der Plan von CDU und SPD. Ergo wurden Großprojekte ausgeheckt. Dazu gehörten der Umzug des Bundestages und der Bundesregierung von Bonn an die Spree. Das ging noch gut. Die Berliner Landesbank sollte in der Weltliga der Finanz-Hasardeure mithalten können. Das endete in einer Milliardenpleite für die Stadt. Ein Mega-Großflughafen sollte „Luftdrehkreuzen“ wie Frankfurt am Main den Schneid abkaufen. Der BER namens „Willi Brandt“ ist noch 25 Jahre danach eine skandalträchtige Großbaustelle. Schließlich sollten Olympische Spiele anno 2000 Berlin im weltweiten Licht erstrahlen lassen. Auch das ging finster aus. Sydney bekam den Olympia-Zuschlag, Berlin landete „unter ferne liefen“. Welch gute Fügung, zumal alle se-

riösen Berechnungen zeigen: Keine Ausrichterstadt der letzten Jahrzehnte konnte nach den Spielen ein finanzielles Plus verbuchen. Was den aktuellen SPD-CDU-Senat allerdings nicht davon abhält, 2015 das Gegenteil zu beschwören. Und so kündigen überall fantastische Plakate: „Wir wollen die Spiele“. Warum? „Weil Berlin jede Hürde nehmen kann!“, heißt es in fetten Lettern. Aber das kennt man ja schon: von der Staatsoper, vom ICC, von der U5, vom Berliner Schloss, nicht zuletzt von der Stadtautobahn. Die A 100 soll von Neukölln nach Treptow verlängert werden, insgesamt um 3,2 Kilometer, -zig Kleingärten, auch Wohnhäuser müssen weichen. Die geplanten Kosten haben sich derweil auf fast 500 Millionen Euro verdoppelt, 150.000 Euro für jeden lumpigen Meter. Das offizielle Berlin will Deutschlands teuerste Autobahn, frei nach dem olympischen Motto: schneller, höher, weiter! Wie gehabt und wie gewesen! Nein, ich habe nichts gegen Sport, im Gegenteil! Aber solange meine Viertel-Millionen-Stadt Marzahn-Hellersdorf sich nicht leisten kann, was jedes Dorf im Allgäu hat, ein Freibad für Jung und Alt, solange will ich keine Spiele ohne Brot.



Kleiner Werbeblock: Bestellbar unter ISBN 9783359024767 online und im Handel.



## Klein, aber fein

Zum 9. Pressegespräch hatte der Heimatverein eingeladen ins KulturGut Alt Marzahn. Die Vorstände Dr. Christa Hübner, Wolfgang Brauer und Claas Reise gaben mit konkreten Fakten und Zahlen einen Rückblick auf 2014 und eine Vorausschau auf für dieses Jahr geplante Aktivitäten. Der 13.

Tag der Regional- und Heimatgeschichte findet früher als gewohnt schon am 10.10.2015 statt. Überraschungen enthält die 2015er Liste der Jubiläen.

Wer kennt Alice Herz? Weltweit bekannt wurde die jüdische Pazifistin, als sie mit ihrer

Selbstverbrennung in Detroit am 26. März 1965 gegen den Vietnamkrieg protestierte – sie hatte bis zu ihrer Emigration 1933 in Mahlsdorf gelebt! Das erhältliche 11. Heft der Beiträge zur Geschichte widmet sich Marzahn-Hellersdorf im „Dritten Reich“.

Des 100. Geburtstages Sergej Schilkins wird gedacht werden. Zahlreiche Vorträge wurden und werden von den drei Ortschronisten sowie promovierten Historikern des Vereins gehalten.

Neu: Seit 6.2.2015 gehört unser Heimatverein der im September 2014 gebildeten AG Berliner Geschichts- und Heimatvereine an. Das erweitert das bestehende Netzwerk zu Vereinen in Berlin und Brandenburg.

Am 19. September geht es wieder für einen halben Tag ins dörfliche Leben, und ganztags auf Burgentour in den Fläming am 20. Juni.

Es erstaunt immer aufs Neue, wie viele niveauvolle Veranstaltungen dieser kleine aktive Verein in unseren „geschichtslosen“ (Ausdruck sich groß dünkender Medien) Stadtbezirk „zaubert“. Wer hat Lust, dabei mitzutun? **Bernd-R. Lehmann**



Die Vorstände des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf, Dr. Christa Hübner (re.), Wolfgang Brauer (li.) und Claas Reise (Bildmitte) beim Pressegespräch. Foto: B.-R. Lehmann

## Aus den Siedlungsgebieten:

### Neues Gesundheitszentrum in Biesdorf - Poliklinik am UKB

Die gesundheitliche ambulante Versorgung ist im Bezirk Marzahn-Hellersdorf trotz der Gesundheitszentren in der Hellen Mitte, am Elsterwerdaer Platz und am Helene-Weigel-Platz sowie vieler kleinerer Zentren und Arztpraxen für viele Bürgerinnen, die Fachärzte aufsuchen müssen, noch immer kompliziert. Bei einer Analyse der Versorgungssituation in der ambulanten ärztlichen Betreuung zeigt sich, dass eine Reihe von Fachärzten nicht ausreichend angesiedelt ist. Das hat in der Fläche für die beiden Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf und auch für die Siedlungsgebiete gleichermaßen eine Bedeutung. Der Bezirk hat das vierte Jahr in Folge ein Bevölkerungswachs-

tum zu verzeichnen. So leben jetzt 254226 Einwohner im Bezirk. Davon leben in Kaulsdorf 18595 Menschen, in Mahlsdorf 27083 Menschen und in Biesdorf 25689 Menschen. Zur weiteren Verbesserung der ambulanten Versorgung kann die Poliklinik am UKB in der Warener Straße 1 in Biesdorf beitragen. Hier wurde in unmittelbarer Nähe und Kooperation mit dem Unfallkrankenhaus Berlin (UKB) ein fünfstöckiges Gebäude mit rund 10000 Quadratmetern Fläche für zahlreiche Praxen und medizinische Dienstleister errichtet. In der Biesdorfer Poliklinik gibt es 14 Fachrichtungen mit über 20 Ärzten, ein Therapiezentrum und weitere Dienstleistungen. So eine Praxis für Allgemeinmedizin, eine für Augenheilkunde, eine für Chirurgie, eine für Herzchirurgie und Kardiologie, eine für Onkologie und Hämatologie und eine für Zahnheilkunde. Im vierten Stock der Poliklinik entstand ein modern ausgestattetes Therapiezentrum. Hier werden neben traditionellen Behandlungsmethoden wie Krankengymnastik oder manuelle Therapie auch Therapieformen wie Osteopathie oder Yoga angeboten. Dafür stehen ein 100 Quadratmeter großer Sport- und Trainingsraum sowie 17 weitere Therapieräume bereit. Die neue Einrichtung folgt dem poliklinischen Gedanken und vernetzt die einzelnen Fachgebiete zugleich mit dem Unfallkrankenhaus Berlin. Im Infrastrukturbericht des Bereichs Gesundheit und Soziales

Marzahn-Hellersdorf wird der aktuelle Stand der haus- und fachärztlicher Versorgung beleuchtet und sich für die Verbesserung der fachärztlichen Versorgung im Bezirk eingesetzt. Hier ist der Senat in den Gesprächen mit der Kassenärztlichen Vereinigung in der Pflicht, weitere Verbesserungen zu erreichen. Der zuständige Gesundheitssenator des Landes Berlin, Herr Czaja (CDU), hat gegenüber unserem Fachausschuss Gesundheit, Soziales und Senioren zugesagt, hier entsprechende Schritte einzuleiten. Wir werden ihm beim Wort nehmen.

**Klaus-Jürgen Dahler**  
Bezirksverordneter

#### Pegasus-Ritt

Pegida heißt der Wunsch, getarnt  
- Zeit noch nicht reif, man ist gewarnt -  
nach machtgeblähter NPD  
als neuer NSDAP.

#### Wolfs-Pegida

Heimlich hoffen  
auf Pegelhöchststand brauner Flut  
anständig wirkende Bürger im Schafspelz

Jürgen Riedel

#### Frühling

Musik  
im Schneeglöckchentakt  
getanzt

#### Leben leben

In meinem Innenkopf  
zunächst ein leeres Blatt  
beschrieben regenbogenbunt  
durch mich

Janina Niemann-Rich

## Kurz informiert:

### Aus dem Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand hat sich im Februar mit der Führung der Kampagne „Das muss drin sein“ beschäftigt. Der Bundesvorstand hat diese Kampagne bereits im September 2014 beschlossen, sie soll offiziell im März beginnen.

Die Kampagne hat fünf thematische Säulen:

1. Für gute und sichere Arbeit: Weg mit den Befristungen, Leiharbeit bekämpfen, Zukunft planen können
2. Weg mit den Sanktionen: Soziale Mindestsicherung statt Hartz IV.
3. Für gute soziale Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger: Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit und Gute Gesundheitsleistungen für alle: Zahnersatz und Brillen wieder in die Krankenversicherung
4. Arbeit umverteilen statt Dauerstress, Minijobs und Massenarbeitslosigkeit.
5. Wohnen und Energie müssen bezahlbar sein: Mietenexplosion gesetzlich stoppen

Diese Kampagne soll längerfristig geführt werden – mindestens bis zur Bundestagswahl, wahrscheinlich auch darüber hinaus, denn die gestellten Forderungen lassen sich gewiss nicht im „Schnellverfahren“ durchsetzen, sondern werden wohl auch in der nächsten Legislaturperiode noch wichtig sein.

Das Wort Kampagne löst vielleicht unterschiedliche Empfindungen aus. Die Kampagne zum Mindestlohn, die wir ab 2005 (damals noch als Linkspartei.PDS zusammen mit der WASG) geführt haben, war ein großer Erfolg. Wir haben damit tatsächlich etwas in der Bundesrepublik verändert – auch wenn sich heute viele Politiker nicht mehr erinnern können oder wollen, wer diese Kampagne initiiert hat. Aber der für 2010 vorgesehene „Heiße Herbst“ war dann nicht mal lauwarm.

Trotzdem – sich kampagnemäßig auf Schwerpunkte zu konzentrieren ist für die öffentliche Wirksamkeit der Partei bedeutsam. Vielleicht sind da fünf Schwerpunkte schon ein bisschen viel, aber den Landes- und Bezirksverbänden ist freigestellt, eigene Akzente zu setzen. In Berlin haben wir ja als wichtigen Höhepunkt die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur BVV 2016 vor uns. Angesichts der aktuellen Situation wird dabei das Problem „Mieten und Wohnen“ eine wichtige Rolle spielen. Jedenfalls wird der Bezirksvorstand natürlich weiter über die Kampagne beraten, und sie wird sicher auch auf der nächsten Tagung der Hauptversammlung diskutiert werden. Die hat der Bezirksvorstand für den 13. Juni 2015 einberufen. Und zur Erinnerung: Da soll über die künftige Struktur des Bezirksverbandes beschlossen werden – dazu sind Meinungen immer noch gefragt.

**Bernd Preußer**

## Geehrt: Ingeborg Hunzinger

Am 3. Februar wäre die bekannte Berliner Bildhauerin Ingeborg Hunzinger 100 Jahre alt geworden. Wie ihre Mutter war sie Jüdin. In viele Werke flossen ihre Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus mit ein. Zu den bekanntesten zählt die Skulptur Block der Frauen, die an den Aufstand der mutigen Mütter und Ehegattinnen gegen die Zwangsdeportationen ihrer jüdischen Männer in der Rosenstraße in Berlin erinnert. Seit 1953 arbeitete die Meisterschülerin von Fritz Cremer nach erfolgreichem Studium an der Kunsthochschule Weißensee in ihrem Atelier in Berlin-Rahnsdorf als freischaffende Künstlerin. Im öffentlichen Raum unseres Bezirkes befinden sich acht bildhauerische Arbeiten der Künstlerin, darunter das zwischen 1986 und 1991 auf dem Platz vor dem Freizeitforum an der Marzahn Promenade aufgestellte dreiteilige „Denkmal für Kommunisten und antifaschistische Widerstandskämpfer“. Zum ehrenden Gedenken an die Künstlerin legten am 3. Februar 2015 die Stadtbezirks-

rätin für Kultur, Juliane Witt, Mitglieder des Heimatvereins, der Stiftung Ost-West-Begeg-



An einer der Plastiken vor dem Freizeitforum  
Foto S. Behrens

nungsstätte Schloss Biesdorf, Bezirksverordnete und Kunstfreundinnen und -freunde am Denkmalensemble vor dem Freizeitforum Blumen nieder. Einige der Anwesenden hatten die Künstlerin persönlich gekannt und erzählten von ihren Begegnungen.

**Sabine Behrens**

## Links wirkt! Personalabbau eingedämmt

Die Februarsitzung der BVV hat es mal wieder deutlich gezeigt: Die Linksfraktion dominiert mit ihren Themen die Diskussion und den Verlauf der Sitzungen. Diesmal ging es um den Personalabbau im Bezirk. Dagegen hatten wir bereits im vergangenen Jahr mehrfach Anträge gestellt und auf den desolaten Zustand in der Bezirksverwaltung hingewiesen. Mittlerweile hat auch die Fraktion der SPD das Problem erkannt – natürlich erst, als es grünes Licht von Bezirksbürgermeister Komoß für 39 neue Stellen gab. Der SPD-Antrag, dem wir beigetreten sind und der auch beschlossen wurde, fordert eine Darstellung der Leistungen und Aufgaben der Verwaltung, die aufgrund fehlenden Personals nicht mehr erbracht werden können. Außerdem soll das Bezirksamt der BVV ein Gesamtpersonalkonzept vorlegen. Bis die 39 neuen Stellen geschaffen sind, vergehen jetzt noch mindestens 10 Monate. Das VZÄ-Konzept zum Stellenabbau wird jedoch laut Antrag nicht angetastet. Dass dieses Konzept – und mit ihm die anvisierten 20.000 Stellen in den Bezirken – Blödsinn ist, haben mittlerweile fast alle erkannt. Unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein sprach es in der Debatte noch einmal aus – nur die SPD-Fraktion will dies nicht zugeben. Dagmar Pohle (Sozialstadträtin, DIE LINKE) wies auch darauf hin, dass die Sparmaßnahmen, die unter dem roten Senat beschlossen wurden, immer nur auf Zeit galten und mit Besserung der Haushaltslage außer Kraft gesetzt wurden. Mit unserer großen Anfrage zum Bäderkonzept des Senats brachten wir das Thema Freibad für Marzahn-Hellersdorf wieder auf die Tagesordnung. Das Bäderkonzept sieht kein Spaßbad auf dem Gelände des Tierparks mehr vor. Damit sind auch die Pläne des Bezirksbürgermeisters, der sie gemeinsam mit

der SPD in Lichtenberg umsetzen wollte, geplatzt. Auch die SPD-Fraktion in Marzahn-Hellersdorf will ihren Antrag für ein Spaßbad nicht mehr diskutieren. Marzahn-Hellersdorf geht wieder leer aus. Die Linksfraktion hatte immer den Elsensee für ein Freibad favorisiert. Zwischen der Eigentümerin, die dort eine Wasserskianlage einrichten will, und dem Land Berlin läuft gerade ein Rechtsstreit. Dessen endgültiger Ausgang ist noch ungewiss. Sollte die Wasserqualität aber mit einer Filteranlage, deren Installation bevorsteht, tatsächlich gesichert werden können, gäbe es hier wieder Handlungsmöglichkeiten. Das Bebauungsplanverfahren für den Elsensee war bereits im vergangenen Jahr gegen unseren Willen eingestellt worden. Unser Antrag zu regelmäßigen Einwohnerversammlungen wurde in den Hauptausschuss überwiesen. Der Antrag unseres umweltpolitischen Sprechers und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Frank Beiersdorff, für einen Beirat zur IGA 2017 wurde abgelehnt. Damit steht die tatsächliche Umsetzung der in der BVV beschlossenen Leitlinien zur IGA 2017 auf dem Spiel. Neben all den inhaltlichen Fragen, die in der BVV diskutiert werden, zeichnen sich zwei unerfreuliche Entwicklungen seit Längerem ab: Zum einen stellen Vertreter\*innen der AfD vermehrt Einwohneranfragen und bereiten sich auf ihren möglichen Einzug in die BVV vor. Zum anderen waren in dieser BVV-Sitzung einige Besucherplätze wieder von Nazis der NPD und der Partei Die Rechte besetzt. Sie fotografierten und äußerten Drohgebärden gegenüber unseren Verordneten. Dieser Zustand ist so nicht haltbar. Den Nazis muss Hausverbot erteilt werden!

**Thomas Braune**



## Bjoern Tielebein: Mitbestimmung ist Pflicht!

Lange bevor die damalige rot-rote Landesregierung das Bezirksverwaltungsgesetz änderte und einige neue Formen der Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern zum Gesetz erhob, gab es in Marzahn-Hellersdorf bereits eine regelmäßige Bürgerfragestunde zu Beginn der BVV-Sitzung, Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen und den Bürgerhaushalt. Für uns LINKE sind diese Formen der Beteiligung nicht nur spannende Veranstaltungen, um die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirkes zu Wort kommen zu lassen, sondern programmatische Pflicht. Immer wieder neue Wege zu finden, Menschen vor Ort an den Entscheidungen, die sie betreffen, mitwirken zu lassen und wenn möglich auch selbst entscheiden zu lassen, ist Teil unseres Selbstverständnisses einer Bürgerkommune.

Auch in dieser Wahlperiode konnten wir einen Beschluss der BVV erwirken, dass regelmäßige Einwohnerversammlungen in allen Stadtteilen durchgeführt werden. Eine Terminplanung hierfür lag bereits vor, die Bürgerinnen und Bürger wurden informiert. Doch dann kam der Sinneswandel im nunmehr durch die SPD geführten Bezirksamt. Mitte 2013 wurde dort der Beschluss gefasst, keine weiteren regelmä-

ßigen Versammlungen mehr durchzuführen. Stattdessen sollten die Stadträt\*innen sich „freiwillig“ selbst verpflichten, „bei Bedarf“ Einwohnerversammlungen durchzuführen. Bei dieser Absichtserklärung blieb es dann auch. Während unsere LINKEN Stadträtinnen



Bürgerversammlung zum Freizeitforum Marzahn auf Einladung von Julia Witt im März 2013 Foto: privat

Julia Witt und Dagmar Pohle z.B. zum Thema Kita oder in kleineren Dialogrunden zu Flucht und Asyl das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchten, fanden offiziell keine Einwohnerversammlungen statt. Im Gegenteil: Zwar kündigte ein SPD-Stadtrat eine solche Veranstaltung zum Thema Kleingär-

ten im Biesenhorst (Biesdorf) an, verzichtete jedoch letztlich darauf und begründete dies damit, dass die SPD vor Ort eine Versammlung durchführen würde und somit keine des Bezirksamtes notwendig sei. Auch die Ankündigung des Bezirksbürgermeisters, eine Einwohnerversammlung zum Thema Freibad zu veranstalten, blieb ohne Folgen.

Die Linksfraktion ist davon überzeugt, dass viele Bürgerinnen und Bürger eher mehr als weniger direkte Gespräche, Informationen und Beteiligungsformen wünschen. Frühzeitige Information und wenn möglich Partizipation darf nicht freiwillig, sondern muss für die bezirkliche Politik Pflicht sein. Immer wieder wurde die nur geringe Beteiligung an den früheren Einwohnerversammlungen kritisiert. Doch zeigt das Projekt des Bürgerhaushaltes, dass sich ein langer Atem letztlich bewährt. Hätten wir als LINKE dieses Projekt wegen anfänglicher Schwierigkeiten nicht fortgesetzt, würde das heutige Bezirksamt sich nicht über den letztlichen Erfolg des Bürgerhaushaltes freuen können. Sich den Bürgerinnen und Bürgern in Einwohnerversammlungen zu stellen heißt nicht, letztlich jede Kritik oder jeden Hinweis zu teilen. Aber sich direkt mit den Menschen und ihren Anliegen vor Ort auseinanderzusetzen gehört dazu, wenn Kommunalpolitiker\*innen Entscheidungen treffen wollen.

## Dr. Manuela Schmidt (MdA):

### Nachtragshaushalt 2015 -

### Erfolg unserer Oppositionsarbeit oder neuer Politikstil?

Fast 100 Tage ist es her, seit Berlin einen neuen Regierenden Bürgermeister und auch einen neuen Finanzsenator hat. Viel ist beim „Schaulaufen“ der drei Bürgermeisterkandidaten versprochen worden und auch der Finanzsenator, Herr Kollatz-Ahnen, hat mehr Transparenz im Haushalt zugesagt. Nun gibt es für alle Neuen bekanntlich 100 Tage Schonfrist, doch der Regierende Bürgermeister Michael Müller ist ja nicht wirklich neu. Als Teil des bisherigen Senats ist er zugleich Teil des Problems. Dieser Senat hat es trotz der guten wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung unserer Stadt nicht geschafft, wichtige Entscheidungen zu treffen. Noch immer fehlt ein strategisches Personal-konzept, fehlt eine Idee für den öffentlichen Dienst. Dringend notwendige Investitionen in Kindergärten und Schulen, bei S- und U-Bahn, bei Brücken und im Straßenland sollen jetzt endlich mit dem Jahresüberschuss des Jahres 2014 erfolgen. Doch auch hier fehlt ein Plan für die Umsetzung, denn schon jetzt reicht das vorhandene Personal noch nicht einmal aus, bereits vorhandene Investitionsmittel umzusetzen.

850 Millionen Euro beträgt der Jahresüberschuss des Landes Berlin für das Jahr 2014 und die Hälfte davon will die Koalition aus

SPD und CDU über ein „Sondervermögen Infrastruktur und wachsende Stadt (SIWA)“ investieren. Tolle Sache! Kann man doch nichts dagegen sagen! Was haben wir Linken denn schon wieder auszusetzen? Im Wesentlichen zwei Dinge - zum einen fehlt noch immer das Personal. Das werden wir wiederholen müssen, bis der Senat endlich handelt. Und zum zweiten wollte die Koalition diese Investitionsmittel ohne Nachtragshaushalt am Parlament vorbei verteilen. Doch Haushaltsgesetzgeber ist und bleibt das Parlament. Deshalb hat unsere Fraktion bereits zum Ende des letzten Jahres nachdrücklich einen Nachtragshaushalt gefordert. In diesen Nachtragshaushalt gehören diese Investitionsmittel, gehören aber auch

die wachsenden Einnahmen aus Steuern und Erstattungen des Bundes, beispielsweise für soziale oder Bildungsausgaben oder für

die Flüchtlinge. Für die hohen Schulden des Landes bezahlen wir gegenwärtig fast 400 Millionen Euro weniger Zinsen. Auch das gehört in einen Nachtragshaushalt. Und natürlich auch die wachsenden Ausgaben für die steigende Zahl der Aufgaben.

Entgegen dem ursprünglichen Willen der Koalition wird der neue Finanzsenator am 3. März einen Nachtragshaushalt vorlegen. Wir werden genau prüfen, ob er die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben enthält. Und wir werden ihn daran messen, ob mit den gu-

ten Einnahmen die richtigen Entscheidungen für unsere Stadt, für die Berlinerinnen und Berliner getroffen werden.



## „Sachstand“ zur IGA 2017

Die Grün Berlin GmbH legte einen Sachstandsbericht zur IGA 2017 vor. Hiervon sollte man Kenntnis nehmen, wenn man sich mit den konkreten Projekten auseinandersetzen möchte. Auf der Erweiterungsfläche zum Blumberger Damm nähert sich der Englische Garten seiner Fertigstellung. Hier entstehen das Besucherzentrum und der Haupteingang. Dies sollte vielleicht auch Anlass sein, bei der BVG noch einmal die dortige Busanbindung aus Hellersdorf bzw. Marzahn-Süd zu thematisieren. Die Arbeiten für eine Freilichtbühne beginnen hier auch demnächst. Bezüglich der Projekte für die IGA in diesem Bereich sind die Themengärten am weitesten gediehen, während für die „Wassergärten“ das Ausschreibungsverfahren läuft. Das spektakulärste Projekt auf dem „alten“ Gelände ist zweifellos der Bau einer Tropenhalle als Ersatz für das als Balinesischer Garten genutzte sehr energieintensive Gewächshaus. In diesem Bereich sollte man aber auch auf den Erhalt und die Pflege der ab 1987 hierher verbrachten Kunstwerke – z.B. die Märchenfiguren – achten. Rund um Kienberg und Wuhletal geht es um



die Weiterentwicklung der Landschaft unter ökologischen Aspekten. Die Ausführung der Maßnahmen um den Wuhleteich und insbesondere die Ausführung des Wuhlestegs wird dabei weiter umstritten bleiben. Dabei sind Details im vorliegenden Bericht nicht zu erwarten. Der Jelena-Santic-Friedenspark soll in den „Auftakt Hellersdorf“ einbezogen werden. Auf meine Anfrage bestätigte man auch den Erhalt des „Peace-Zeichens“.

Auf dem Kienberg selbst möchte man durch die Herstellung von Offenflächen die Struktur- und Artenvielfalt erhöhen. Auf das Waldentwicklungskonzept selbst wird dabei nicht Bezug genommen. An weiteren konkreten Fragen werden wir, insbesondere über den Fachausschuss der BVV, dranbleiben.

Frank Beiersdorff

### Die IGA 2017 - die Bauvorhaben

#### Einladung zum Spaziergang

Am Montag, dem 16. März 2015, geht es zu den Bauvorhaben zur IGA 2017 am Wuhleteich und im Wuhletal mit Angele Schonert vom NABU Berlin und Frank Beiersdorff, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV Marzahn-Hellersdorf.

**Treffpunkt:** U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße, 14:30 Uhr

## Einwohnerantrag: „Weg mit dem Dreck!“

Die Fraktion der LINKEN in der BVV Marzahn-Hellersdorf unterstützt die Initiative einiger Eltern im Bezirk für einen Einwohnerantrag. Thema ist der schlechte hygienische Zustand an einigen bezirklichen Schulen.

Zum Einwohnerantrag „Weg mit dem Dreck“ der Elterninitiative „Pro Lernatmosphäre“ an der Hellersdorfer W.-A.-Mozart-Schule äußerte sich die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Sarah Fingarow wie folgt:

Die Reinigung von Schulgebäuden hat uns bereits in der Vergangenheit in der BVV beschäftigt. Ende vergangenen Jahres kam es zur kurzzeitigen Schließung der Johann-Julius-Hecker-Schule wegen Verschmutzung. Auch andere Schulen wie die Hollerbusch-Schule meldeten Mängel bei der Reinigung. Ähnliche Probleme gibt es seit längerem an der Mozart-Schule: Mülleimer und Unterrichtsräume werden beispielsweise nur noch alle zwei Tage gereinigt. Die Elterninitiative fordert zu Recht ordentliche Arbeitsplätze und eine angenehme Lernatmosphäre für ihre Kinder. Mit einer Unterschriftenaktion will sie die Missstände nun mit einem

Einwohnerantrag in der BVV zum Thema zu machen. Die Linksfraktion unterstützt diese Aktion ausdrücklich.

Der Bezirk ist für die Vertragsgestaltung mit den Reinigungsfirmen zuständig. Dieser ist durch den Spardruck des Senats gezwungen, den billigsten Anbieter zu nehmen. Der Preisdruck auf die Firmen ist groß. Die Folgen sind Lohndumping, ein starker Druck auf die Beschäftigten und oftmals nicht zu schaffende Leistungsvorgaben. In einem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen hat die BVV Marzahn-Hellersdorf bereits beschlossen, dass bei Mängeln der Leistungsdurchführung gemeinsam mit den Schulleitungen die Option der Kündigung und Neuausschreibung geprüft werden soll. Wir fordern zudem, dass der Bezirk zukünftig Verträge auf die veranschlagte Zeit überprüft und die Schulen bei der Vertragsgestaltung mit einbezieht. Die Lehrkräfte vor Ort wissen am besten, wie der Reinigungsbedarf in ihren Schulen aussieht.

Unterschriftenliste senden wir gern per E-Mail zu bzw. sind in der Fraktion (Helene-Weigel-Platz 8) und in der Geschäftsstelle (Henny-Porten-Straße 10-12) erhältlich. Es

### AUFRUF: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, hallo Sympathisanten,

das Thema Krieg ist mit dem Ukraine-Konflikt und der Ostausdehnung der Nato wieder nach Europa gekommen. Weltweit haben die Anzahl der Kriegsschauplätze zugenommen.

Die Linke Marzahn-Hellersdorf wird sich auch dieses Jahr wieder am Ostermarsch in Berlin beteiligen. (Termin 04.04.2015) Eine Projektgruppe der LINKEN Marzahn-Hellersdorf bereitet für diesen Anlass ein Transparent vor.



Beim Ostermarsch 2014 Foto: privat

Folgende Losungen stehen zur Diskussion und Auswahl:

a) „Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen“ so Gauck, doch durch eine friedliche Konfliktlösung und ohne militärisches Engagement!

b) Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald 1945: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, nie wieder Spaltung der Arbeiterklasse!

c) Keine weitere Osterweiterung der Nato!

d) Die Ursache des Terrors im arabischen Raum ist nicht der Islam - sondern besonders der amerikanische Imperialismus!

e) Graphik: die Weltkugel mit sich an den Händen fassenden Menschen und das Wort „Frieden“ in verschiedenen Sprachen.

Ich bitte euch, sich an der Diskussion und Auswahl zu beteiligen.

Alle Hinweise und Vorschläge bitte an den Bezirksvorstand (030 5412130 oder [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)).

Bernd Walter, BO 84

werden insgesamt 1000 Unterschriften benötigt, damit der Einwohnerantrag in die BVV kommt. Die unterschriebenen Listen bitte direkt an die Initiative senden (Adresse steht auf den Listen) oder bei im Fraktionsbüro am Helene-Weigel-Platz abgeben.



## Interview ...

... mit den Gründungsmitgliedern des Bündnisses NOlympia Berlin, Judith Demba (NaturFreunde Berlin) und Dr. Gabriele Hiller (Sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus), geführt von Thomas Barthel

■ *Judith, mit deinem Namen ist ja bereits die NOlympia-Bewegung zu Beginn der 1990er Jahre verbunden. Warum machst du jetzt wieder mit?*

J.D. Heute wie damals bin ich davon überzeugt, dass eine Bewerbung für Olympische Spiele bzw. die Durchführung der Spiele in Berlin die komplett falsche Prioritätensetzung ist und als politischer Mensch sollte man nicht bei der Feststellung stehen bleiben, sondern im Rahmen der Möglichkeiten aktiv werden, das habe ich versucht und freue mich, dass im Bündnis schon 16 Organisationen und viele Einzelpersonen aktiv sind. Es hat sich im Vergleich zu den 1990ern kaum etwas zum Besseren gewendet. Berlins Schuldenberg ist so hoch wie nie und wächst weiter.

Die sozialen Probleme in der Stadt nehmen zu, die Spanne zwischen Armen und Reichen wird größer. SPD und CDU ignorieren mit ihrer Entscheidung die Notwendigkeiten in der Stadt. Und ich möchte nicht, dass Berlin seine Vielfältigkeit und Quirligkeit verliert, weil die Stadt für junge Leute, Student\*innen und Künstler\*innen unbezahlbar wird.

■ *Gabi, im Gegensatz zu damals hat sich ja DIE LINKE im Abgeordnetenhaus diesmal sehr schnell gegen eine Olympiabewerbung positioniert. Wie kam es dazu?*

G.H.: Judith wies bereits darauf hin - die Situation Berlins hat sich in diesen über zwanzig Jahren nicht verbessert. Und nach unseren Erfahrungen im Umgang mit der hochverschuldeten Stadt, die wir in zehn Jahren Regierungszeit gemacht haben und in denen wir den Berliner Landshaushalt konsolidiert haben, wollen wir nicht zusehen, wie die Stadt wieder ruiniert wird. Berlin hat im wahrsten Sinne des Wortes unzählige Baustellen, die als Pflichtaufgaben zunächst erst einmal angepackt und gelöst werden müssen, da sollte ein so teures Projekt wie Olympische Spiele hintenan stehen und nicht Priorität bekommen. Da waren wir uns in der Fraktion sehr schnell einig drüber.

■ *An welche Baustellen denkt Ihr da?*

J.D. Das sind ja viele, denen wir im Alltag ständig begegnen: Der BER ist ja nur die Spitze des Eisbergs, dazu kommen die Staatsoper, das ICC, der Steglitzer Kreisel. Der Rückkauf der GASAG kommt in der Koalition nicht voran. Der Neukauf von Wagen für die BVG ist ungeklärt. Straßen und Brücken müssen saniert werden, Schulsanierungen vorge-

nommen werden. Das Notprogramm, das der Senat zur Sanierung der Schultoiletten auflegen will, zeigt doch symbolisch zu gut, wie weit es in Berlin gekommen ist. Öffentliche Gelder gehören in die öffentliche Infrastruktur, von der alle Berliner\*innen was haben.

G.H. Und das alles sind doch Investitionen in Beton. Der Personalmangel, der in den Bezirken herrscht, wird ja kaum noch thematisiert. Mit wem sollen die Leute eigentlich zu Olympia sprechen, wenn da keiner ist? Investitionen in Bildung z.B. werden viel weniger möglich, wenn sich die Stadt auf eine Olympiabewerbung konzentriert.



■ *Aber durch Olympia würde doch zusätzliches Geld von IOC und Bund in die Stadt kommen?*

J.D. Bisher gibt es vom Bund keinerlei Zusagen, und wenn, sind das durchlaufende Kosten.

Die Investitionskosten für Sanierung, Bau und ggf. Rückbau für Sportanlagen, Olympisches Dorf, Mediendorf etc. und nicht zu vergessen, die Folgekosten werden zu Lasten des Landeshaushaltes gehen. Für die Großsporthallen, die während des Bewerbungszeitraumes Anfang der 1990er gebaut wurden, zahlt das Land jährlich allein als Zuschuss zur Deckung der Betriebskosten über 4 Mio. €, 2024 sind das schon 130 Mio. €, weil es gibt keine kostendeckenden Betreiberkonzepte gibt. Noch mehr Überkapazität wird nicht gebraucht, aber jede Menge Schulturnhallen. Das IOC kostet, vor allem die IOC Mitglieder haben viele teure Extra-Wünsche, die sie sich im Host City Vertrag garantieren lassen.

G.H. Das alles würde unter sehr ungeklärten Haushaltsbedingungen für Berlin erfolgen. Die Schulden von ca. 62 Mrd. € drücken die Stadt nach wie vor. Wie der Länderfinanzausgleich neu geordnet wird, ist noch unklar. Ab 2020 hat sich Berlin verpflichtet, keine neuen Schulden mehr zu machen. Und wie sich die bisher günstige Zinssituation ändern und zu neuen Belastungen führen wird, ist völlig offen. Ein bisschen Zurückhaltung bei neuen, abenteuerlichen Projekten ist also durchaus angebracht. Es ist nicht unehrenhaft, nicht für Olympische Spiele zu kandidieren!

■ *Aber der Sport würde doch von Olympischen Spielen profitieren?*

J.D. Olympische Spiele sind vor allem eine Kommerzveranstaltung, bei der der Sport zu Höchstpreisen, z.B. für die Fernsehrechte, vermarktet wird. Studien, zuletzt in London, haben gezeigt, es gibt auch keine langfristige Vorbildwirkung. Wer was für den Sport tun

will, sollte den Breiten-, Vereins- und Schulsport fördern. In all diesen Bereichen gibt es einen riesigen Sanierungsbedarf. Da wären die insgesamt über 100 Mio. €, die der Senat für die Bewerbungen 2024 und 2028 einplant, schon besser aufgehoben.

G.H. Die Stadt schafft es schon jetzt nicht, günstige Bedingungen für den Breitensport zu garantieren. Die Preise bei den Berliner Bädern sind enorm gestiegen. Dass es z.B. im Bezirk Marzahn-Hellersdorf für 250000 Einwohner kein Freibad mehr gibt, interessiert von den politisch Verantwortlichen kaum jemanden. Und das Strandbad Müggelsee harrt seit Jahren einer Sanierung, ist nur z.T. nutzbar. Dieses den Berlinerinnen und Berlinern wieder zugänglich zu machen, wäre doch eine dankbare und lösbare Aufgabe.

*Vielen Dank für das Gespräch!*

## Erinnerung an die Befreier

Bürgerinnen und Bürger aus Marzahn-Hellersdorf gedachten am 23. Februar 2015 am Haus Nr. 563 an der Landsberger Allee der Befreier von Faschismus und kapitalistischer Barbarei. Das symbolträchtige Haus, mit dem Datum 21. April 1945 am Giebel, war während der Berliner Operation der Roten Armee im II. Weltkrieg eins der ersten Häuser der Reichshauptstadt, das von den Nazitruppen befreit wurde. Das Gedenken daran wird an diesem Ort gepflegt. Für einige Passanten mag es indes verblüffend gewesen sein, dass sich nun bereits am letzten



*Am 21. April 2015 findet an der Lansberger Allee 563 anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung eine Gedenkveranstaltung statt.*

Februar-Montag etwa ein Dutzend Menschen an der Gedenkstätte versammelten, um mit Kranz- und Blumenspende den Rotarmisten, die das eigene Leben nicht schonten, Dank zu sagen und die Ehre zu erweisen.

Vor dem Hintergrund einer ausufernden anti-russischen Stimmungsmache, die einhergeht mit der skrupellosen Verfälschung der Geschichte und der Herabwürdigung des sowjetischen Anteils am Sieg über den Faschismus wollten die Bürger ein Marzahn-Zeichen dagegen setzen.

Die Rote Armee wurde am 23. Februar 1918 im Kreuzfeuer der Oktoberrevolution und der Ausläufer des I. Weltkriegs gegründet. 97 Jahre später, am Montag, dem 23. Februar 2015, zeigte das Dutzend Leute an der Landsberger Allee, dass die Erinnerung daran noch glüht.

**Herbert Rubisch**

<http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/>

### Frauentag 2015

» **6.3.**, 13 Uhr, „Rosen für Clara“, Clara-Zetkin-Denkmal, Niemecker Straße, 12689 Berlin

### IGA-Rundgang

» **16.3.**, 14.30 Uhr, IGA 2017 im Wuhletal, Treffpunkt am U-Bf. Neue Grottkauer Straße, mit Angele Schonert (NABU) und Frank Beiersdorff (BVV), Thema: Bauvorhaben für die IGA 2017

### „Rotes Sofa“

» **18.3.**, 18.30 Uhr, Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Gesprächsrunde zum bedingungslosen Grundeinkommen mit **Halina Wawzyniak** (MdB, DIE LINKE)

### BO 20 lädt ein

» **18.3.**, 19.30 Uhr, Kiezklub, Murtzener Ring 15, 12681 Berlin, Gast: **Prof. Jörg Rösler**, Thema: „DDR 1989/90“, Interessierte willkommen!

### Brauer lädt ein

» **25.3.**, 19 Uhr, Berliner Tschechow-Theater, Märkische Allee 410, 12689 Berlin, Vortrag zu Buenos Aires in Wort und Bild von **Wolfgang Brauer**

### Hilfe zur Selbsthilfe

» **23.3.** jeweils 15 - 18 Uhr, Abgeordnetenbüro Brauer, Havemannstraße 24, 2. Etage, 12689 Berlin **ab 14.4.** (jeden Freitag) 10 - 13 Uhr, Linker Treff, Sozialberatung mit Thomas Marks

### Mietenratschlag

» am 4. Mittwoch im Monat von **14 - 16 Uhr**, (**25.3.**, **22.4.**), LAG Städtebau und Wohnungspolitik, Karl-Liebknecht-Haus (Raum 523), Kleine Alexanderstraße 28 (U2 Rosa-Luxemburg-Platz)

### Treffen im Wahlkreis

» **9.4.**, 18 Uhr, Gesamtmitgliederversammlung WK 4, Theater am park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin (dafür keine Sprecherberatung für Biesdorf/Marzahn-Süd im April)

## Hinten links:

### Verkehrte Welt

**D**ie Berufliche Ausbildung erleidet seit Jahren einen zunehmenden Imageverlust. So schrumpfte ab 2007 in Berlin die Zahl der Schulabgänger ohne Hochschulzugangsberechtigung weiter um 19 %!

2013 begannen in unserer Stadt noch 16.200 Schulabgänger eine duale Berufsausbildung – aber fast doppelt so viele ( 31.600 ) ein Studium!

Für 2014 stellte die IHK Berlin einen Fachkräftemangel an akademisch Qualifizierten von rund 12.000 fest – aber mehr als fünfmal so viele bei beruflich Qualifizierten: ca. 64.000!

Dieses beunruhigende Missverhältnis beklagen unisono die Unternehmerverbände, die Handwerks- sowie die Industrie- und Handelskammer.

### Zwei Fragen

Will die Politik die Karrierechancen einer Berufsausbildung wieder ins gesellschaftliche Bewusstsein – vor allem bei Eltern, Jugendlichen und Lehrern – rücken?

Will Deutschland seine Schulsysteme wieder zu anspruchsvollerer Lehrqualität befähigen?

**R. Rüdiger**

### Bezirksvorstand

» **17.3., 7.4.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

### Basisgruppensprecher-Beratungen

» **4.3., 6.5.**, 18 Uhr, Wahlkreisbüro R. Kittler & M. Schmidt, H.-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **5.3., 2.4.** jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38

» **12.3., 16.4.** jeweils 19.30 Uhr: BO Hellersdorf, Linker Treff,

### Sprechstunden

» **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), **9.3., 16.3., 23.3.** jeweils 17 Uhr, WK-Büro, Teterower Ring 41

» **Regina Kittler** (MdA), **11.3., 25.3.** jeweils 15.30-17.30 Uhr, **18.3., 16.30 - 17.30 Uhr**, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), **6.3., 20.3.** jeweils 10-12 Uhr, **9.3., 23.3.** jeweils 18-19 Uhr, WK-Büro, Helene-Weigel-Platz 7

» **Wolfgang Brauer** (MdA), **20.3., 27.3.** jeweils 11-13 Uhr, **10.3., 17.3.** jeweils 18-20 Uhr, Wahlkreis-Büro, Havemannstraße 24

» **Petra Pau** (MdB): **11.3.**, 10-12 Uhr, WK-Büro, Henny-Porten-Straße 10-12, 15-17 Uhr, Stadtteilzentrum Kaulsdorf, Brodauer Str. 27/29, 12621 Berlin, tel. Anm.: 030 99289380

### Abgeordnetenbüros

» **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo/di 14-16 Uhr, mi/do 10-13 Uhr

» **Wolfgang Brauer** (MdA), Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus): di 18-20 Uhr, fr 11 - 13 Uhr, Tel. 030 97891950

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Tel. 030 54980323 und **Regina Kittler** (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

### Jugendgruppe - Linksjugend MH

» **20.3.** (*am 3. Freitag eines Monats*) jeweils **18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Treffen der Jugendgruppe - Linksjugend

### BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16-18 Uhr, Di 9-12 Uhr, Mi 15 -17 Uhr, Do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV: 26.2., 26.3.), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

#### Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

**Montag:** 13 - 17 Uhr

**Dienstag:** 10 - 17 Uhr

**Donnerstag:** 13 - 18 Uhr

**Freitag:** 10 - 13 Uhr

**Schließtage: 13. März, 7. und 10. April 2015**

#### Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami

**Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin  
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Bearbeitungsschluss:** 02.03.2015. Auslieferung ab: 03.03.2015. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen 01.04. und 06.05.2015